



Ingo Eisenbeiß

Hildastr. 20
77654 Offenburg
Tel: 0781-20 55 23 23
Fax: 0781-20 55 04 50
ingo.eisenbeiss@kanzlei-eisenbeiss.de

Ingo Eisenbeiß, Hildastr. 20, 77654 Offenburg

Herrn
Oberbürgermeister Marco Steffens
Hauptstraße 80
77652 Offenburg

10.02.2020

Haushaltsanträge Fraktion B90/Die Grünen DHH 2020/21

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

die hier überlassenen Haushaltsunterlagen der Grünen-Fraktion machen deutlich, wie wichtig uns soziale, schulische und ökologische Belange unserer Stadt sind.

So beantragen wir die Fortsetzung des Kommunalen Wohnbauförderungsprogramms auch für die beiden kommenden Jahre. Die gute Akzeptanz bei den Wohnungsbau-sellschaften führte dazu, dass im bezahlbaren Wohnungsbau gerade im letzten Jahr vermehrt Fortschritte erzielt werden konnten.

Um eine wesentliche Steigerung der Aufenthalts- und Lebensqualität in unserer Innenstadt zu erzielen, beantragen wir die Sperrung für Autos, Kräfräder und Motorroller. Ausschließlich der Zugang zu den Parkhäusern soll diesem Verkehr vorbehalten bleiben. Gleichzeitig fordern wir die Umgestaltung des Gerichtsparkplatzes zu einem Innenstadtpark.

Eine klare Mehrheit im Gemeinderat wird die Planung und Ausführung in der Wilhelmstraße ablehnen. Uns ist hierbei auch wichtig, dass ein Baumkonzept für den westlichen Teil im Bereich der Pfefferle-Kreuzung bis Luisenstraße erstellt wird.

Ingo Eisenbeiß - Fraktionsvorsitzender
Stefan Böhm Simone Brudy Norbert Großklaus Karin Jacobsen Martin Ockenfuß
Aydin Özügenc Paul Sachs Maren Seifert (Stv.) Andrea Thomann Luca Witt

Über zwanzig gesunde Bäume sind der Vorplanung zum Opfer gefallen. Baumpflanzungen sind kurzfristig zwingend erforderlich.

Unsere umfassenden Anträge zur Feuerwehr dokumentieren, wie dringend Belange der öffentlichen Sicherheit ernst zu nehmen sind, und würdigen auf der anderen Seite die Menschen, welche sich im Ehrenamt für unsere Stadt unermüdlich einsetzen.

Unsere Anträge im einzelnen.

1. Autofreie Innenstadt

Die Innenstadt innerhalb des Bereichs Stadtmauer wird für den Verkehr mit Autos, Krafrädern, Motorrollern gesperrt. Zugelassen ist Anwohner-, Liefer-, gezielter Kunden- und Öffentlicher Nahverkehr. Die Zufahrten zu den Parkhäusern und Tiefgaragen über Langestraße, Kittelgasse, Wasserstraße sind frei. Kernbestandteil dieses Vorhabens ist die Umwandlung des Gerichtsparkplatzes in einen Innenstadtpark. Der Einstieg in die Planung dieses Vorhabens erfordert in

2020/21 80 000 €

Begründung:

Eine autofreie Innenstadt erhöht die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Innenstadt.

Der Gerichtsparkplatz würde zu einem der schönsten und beschaulichsten Aufenthaltsorte der Stadt und für die Bewohner*innen der Innenstadt zu einem Ort der Muße und Erholung.

Dieses Vorhaben muss begleitet sein von flankierenden Maßnahmen zur besseren Erreichbarkeit aus den umliegenden Stadt- und Ortsteilen und aus dem Umland: gute Rad- und Fußwegnetze, Radstellplätze, attraktive ÖPNV-Angebote, P&R-Plätze an den Stadteingängen bzw. Bahnhöfen des Umlands.

Das Vorhaben trägt zum Klimaschutz bei, dessen Bilanz in Offenburg nach wie vor durch den CO₂-Ausstoß des privaten Individualverkehrs maßgeblich verschlechtert wird. Die Innenstadt ist für den heutigen motorisierten Individualverkehr nicht angelegt. Dem muss Rechnung getragen werden.

Mit diesem Antrag verbunden ist auch die Entscheidung, kein Parkleitsystem am Gerichtsplatz einzuführen. Die eingesparten Kosten dienen gleichzeitig als sog. Deckungsvorschlag.

2. Feuerwehr

Erstens: Das Tanklöschfahrzeug TLF 3000 wird 2020 bestellt und 2021 bezahlt.

2021 380 000€

Begründung:

Waldbrandgefahr.

Zweitens: Die Planung Feuerwehrhaus Rebland wird auf 2021 vorgezogen.

2021 100 000 €

Begründung:

Unhaltbare Zustände in den beiden bestehenden Feuerwehrhäusern; Zusammenlegung der Wehren Zell-Weierbach und Fessenbach zur Einsatzabteilung Rebland; Unterbringung des TLF 3000 (s.o.).

Drittens: Die Planung für das Feuerwehrhaus Süd schließt unmittelbar an die Erstellung des Feuerwehrhauses Rebland an.

2023 100 000 €

Begründung:

Unzumutbare, verordnungswidrige Zustände; die 2018 beschlossene Zusammenlegung der Einsatzabteilungen Zunsweier und Elgersweier zur Einsatzabteilung Süd. Also Planung 2023 und Neubau bis 2025.

- 5 Viertens: Bereitstellung eines Containers für die Feuerwache Zunsweier mit Möglichkeiten zum Umziehen und Duschen. 2020 20 000 €

Begründung:

Die dortigen Zustände sind unhaltbar und bedürfen bis zum Neubau eines Feuerwehrhauses einer provisorischen Lösung. Ein Container kann nach Nutzungsende verkauft werden.

- 6 Fünftens: Prüfantrag: Die Einsatzabteilungen erhalten für die Erledigung notwendiger Reparaturen, Verbrauchsmittel und Kleinanschaffungen eigene Etats in Höhe 2020/21 30 000 €

Begründung:

Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte stecken sehr viel Eigenarbeit in die Herrichtung ihrer Feuerwachen und haben dabei immer große Mühe, einen zuständigen Kostenträger (z.B. für Material) zu finden. Diese Mühe kann Ihnen durch einen eigenen Etat zumindest ansatzweise genommen werden. Dann können die Feuerwehrleute, insbesondere die Kommandant*innen, sich primär ihren Hauptaufgaben zuwenden.

- 7 Sechstens: Prüfantrag: Funktions- und Sicherheitsüberprüfung der Tore der Feuerwehrhäuser Elgersweier und Zunsweier. Gegebenenfalls Verbesserungen. 2020 10 000 €

Begründung:

Die Tore in Elgersweier sind insbesondere nach der Anschaffung eines neuen Fahrzeugs zu eng. In Zunsweier wurden die Tore letztmalig vor 10 Jahren überprüft und entsprechen möglicherweise nicht den Sicherheitsanforderungen.

3. Schulen

- 8 Erstens: Anschaffung eines Unterrichts-Containers für die Grundschule Rammersweier zum Sj 20/21, um den absehbaren Raumbedarf provisorisch aufzufangen. Die Verwaltung legt einen Plan zur langfristig zufriedenstellenden Raumsituation vor. Vor die Mensa Rammersweier wird ein Windfang eingebaut. 2020/21 30 000 €

Begründung:

Die zum Schuljahr 20/21 erwarteten 32 Erstklässler*innen werden in zwei Klassen aufgeteilt. Das erfordert zusätzliche Klassenräume. Kurzfristig sehen wir die provisorische Containerlösung, langfristig erwarten wir einen Vorschlag der Verwaltung. Die Mensa braucht einen Windfang, sonst ist der Einbau einer zusätzlichen Heizung für die Katz.

- 9 Zweitens: Die Theodor-Heuß-Realschule erhält Mobiliar für die funktionsgerechte Ausstattung ihres Ganztagestreffs 2020 10 000 €

Begründung:

An der THRS nehmen rund 160 Schüler*innen am Ganztage teil. Für sie steht kein eigener, angemessen eingerichteter Aufenthaltsraum zur Verfügung.

- Drittens: Vorziehen Sanierung Klassentrakt Oken + Sanierung Pavillon THRS 2022 450 000 €

Begründung:

Der Unterricht in den Oken-Klassenräumen ist durch schlechte Akustik sehr belastet. Und damit auch die Gesundheit, die Arbeitskraft und das Wohlbefinden der dort Lehrenden und Lernenden. Die Verbesserung wird seit langem gefordert und muss früher erfolgen.

Im Pavillon der THRS herrschen schlechte klimatische Bedingungen, sommerliche Hitze, winterliche Kälte, sowie eine Geruchsbelastung mit bisher nicht untersuchten Gründen bzw. gesundheitlichen Folgen.

Die Abhilfe muss vorgezogen werden

- Viertens: Prüfantrag: Die Raumsituation der Astrid-Lindgren-Grundschule ist dahingehend zu prüfen, ob mit der bestehenden Anzahl von Räumen der pädagogische Auftrag Ganztagestagschule unter den anspruchsvollen Bedingungen einer hoch differenzierten Schülerschaft erfüllt werden kann. Wenn nicht, muss das Raumprogramm um zwei Räume erweitert werden. Dafür ist der Einstieg in die Planung zu sichern. 2021 30 000 €

Fünftens: Antrag regelmäßige Schulklausur

Die Stadträt*innen erhalten nur sehr schwer Einblick in die Einzelsituationen und –bedürfnisse von Offenburger Schulen, in ihre pädagogischen Ansprüche und Perspektiven. Diesen Einblick für alle Offenburger Schulen zu gewinnen ist das nahezu unmöglich.

Gerade bei der Haushaltsdiskussion wird die Schwierigkeit deutlich, die pädagogischen, räumlichen, materiellen und finanziellen Bedürfnisse der einzelnen Einrichtungen zu erfassen und zu gewichten. Zwischen den Bildungseinrichtungen beobachten wir tendenzielle Unstimmigkeiten oder Unzufriedenheiten im Hinblick auf die Versorgung jeweils anderer Schulen.

Deshalb beantragen wir eine regelmäßige jährliche oder alle zwei Jahre zusammen tretende „Schulklausur“, an der Verwaltung, Staatliches Schulamt, „Schulstadträt*innen“, Schulleitungen und Elternvertretungen teilnehmen. Die Schulen präsentieren in geeigneter Form einen Überblick über ihre aktuellen Bedürfnisse und pädagogischen Perspektiven. Die beteiligten Akteur*innen erarbeiten im besten Fall Kriterien zu einer für alle nachvollziehbaren Gewichtung von Interessen und Verteilung von Ressourcen.

Ähnlich dem jährlichen „Josefstag“ als Begegnungstag zwischen örtlichen Kirchen und Lokalpolitik könnte man diesen Tag nach dem Schutzpatron der Schulen „Gregori-Tag“ nennen.

Von einer Benennung dieses Tags nach dem Heiligen St. Nimmerlein sollte man mit Blick schulisch erhoffte Verbesserungen Abstand nehmen.

10

11

12

4. Photovoltaik

13 Installation von Photovoltaikanlagen auf die Dächer der SFZen Innenstadt, Am Mühlbach, Oststadt und Uffhofen sowie auf bisher nicht mit PV ausgestattete Schuldächer. Zusätzlich zu den bereits eingestellten 200 000 deshalb

2020/21 100 000 €

Begründung:

In Offenburg „liegen die einzigen noch nicht vollständig ausgeschöpften Potenziale für Erneuerbare Energien im Bereich der Sonnenenergie“. (Klimaschutzbericht Okt. 2019). Hier sind größere Anstrengungen nötig und möglich. Die genannten Einrichtungen gehören alle zu den in Bezug auf Funktion Energieverwendung, Lage und Gebäudeausrichtung gut geeigneten PV-Standorten.

Anlagen mit einer Leistung bis zu 10 Kilowatt peak sind von der EEG-Umlage befreit. Ihre Installationskosten liegen bei ca. 15000 €. Anlagen bis 30 Kilowatt peak sind entsprechend teurer.

5. Klimaanpassung

14 Erstens: Ein Fond Klimaanpassung wird mit jährlich 75 000 ausgestattet.

2020/21 150 000 €

Begründung:

Die Klimanalyse des Regionalverbands Südlicher Oberrhein (2006) resümiert, "dass das Oberrheingebiet eines der ausgeprägtesten Belastungsklimate Mitteleuropas aufweist. Bestimmend ist hierbei vor allem die hohe sommerliche Wärmebelastung sowie die große Häufigkeit austauscharmer kritischer Wetterlagen. Diese bioklimatischen Belastungsfaktoren sind besonders ausgebildet in der Oberrheinniederung und in den großen Schwarzwaldtälern, wo die Mehrzahl der Menschen in unserer Region leben und arbeiten."

Wissenschaftler wie der Basler Klimaexperte Parlow gehen davon aus, dass in den nächsten 80 Jahren die Jahresdurchschnittstemperatur am Oberrhein im Vergleich zu heute um 3,5 bis vier, in den Städten sogar um bis zu fünf Grad Celsius steigen wird.

Die Abmilderung dieser Hitze erfordert von Offenburg große Anstrengungen. Mensch und Natur sind in dem uns erreichbaren Umfeld vor den Strapazen des Klimawandels so gut wie möglich zu schützen durch eine durchdachte Klimaanpassung.

Ein Konzept für die Klimaanpassung wird derzeit zusammen mit dem neuen Klimaschutzkonzept für rund 200 000 € erarbeitet. Im Hinblick auf dieses Konzept und mit Blick auf schon ausgearbeitete Strategien anderer Städte ist bereits jetzt klar: Unter dem Paradigma „Schatten. Wasser. Grün!“ müssen erforderliche Maßnahmen ergriffen werden, sie müssen auf vielen Ebenen und an vielen Stellen zur Wirkung gebracht werden und ihre Finanzierung ist zu sichern. In diese Finanzierungssicherung steigen wir mit dem Klimaanpassungsfond ein.

Und hier eine Liste absehbarer Maßnahmen zur Klimawandelanpassung

- Kühlung öffentlicher Gebäude mit Grundwasser;

- kühlende Wasserangebote, Sprühnebel, Wasserbecken und-läufe in Aufenthaltsbereichen,
- Trinkwasserspender flächendeckend (siehe beigefügter gesonderter Antrag)
- Wasserspielangebote an Spielplätze;
- Baumbewässerung sichern und ausbauen;
- Beschattung an Aufenthaltsorten in der Stadt, Sonnensegel, Bäume, Solarpaneele;
- Pocketparks, Vorbild Kohlerplatz;
- Hitzepatenschaften für ältere Menschen;
- Wartehäuschen für ÖPNV;
- Förderprogramm zur Fassaden- und Dachbegrünung;
- Streuobstwiesen in Stadtnähe (siehe beigefügter gesonderter Antrag);
- Frischluftschneisen in die Stadt nicht zubauen bzw. wieder öffnen;
- Maßnahmen zum sommerlichen Hitzeschutz (siehe dazu unser Antrag unten)
- Fassaden- und Dachbegrünung (siehe dazu unser Antrag unten)

Zweitens: Trinkwasserspender im öffentlichen Raum

Im Öffentlichen Raum, insbesondere in der Innenstadt, wird ein Netz von Trinkwasserspendern aufgebaut. Als Einstieg in den Netzaufbau beantragen wir für

2020/21 20 000 €

Begründung:

Trinkwasserspender müssen aus gesundheitlichen Gründen und aus Gründen des Wohlbefindens zur Verfügung gestellt werden. Das Klima Offenburgs wird sich in wenigen Jahren dem Klima südeuropäischer Städte anpassen – wo öffentliche Trinkwasserspender an jeder Ecke eingerichtet sind.

Drittens: Sommerlicher Hitzeschutz an Kitas und Schulen

Die in den Haushalt eingestellten 70 000 für den sommerlichen Hitzeschutz an kommunalen Liegenschaften werden erhöht von um 20 000€. Davon wird insbesondere der Hitzeschutz an der Astrid-Lindgren-Schule verbessert.

2020/21 20 000 €

Begründung:

Viele pädagogische Einrichtungen klagen über sommerliche Hitze in ihren Räumen, die den Aufenthalt, das Lernen und Unterrichten stark belasten.

Diese Belastungen verschärfen sich noch durch die Klimawandelbedingten, zunehmenden Hitzesommer. Hitzefrei gibt es nicht an allen Schulen; die teilweise praktizierte Verlegung des Unterrichts ist keine Lösung.

Die zusätzlichen 30 000€ sollen also vornehmlich pädagogischen Einrichtungen zugute kommen.

Viertens: Erstellung einer Studie Wert und Möglichkeiten von Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden in Offenburg.

2020/21 10 000 €

Begründung:

Fassadenbegrünung kann zur Temperatordämpfung, zur Gebäudeisolierung, zur CO2-Bindung und zur innerstädtischen Artenvielfalt beitragen. Eine Studie prüft ihre lokale Praktikabilität.

18 **6. Streuobstbestände**

Die Mittel des Streuobstkonzepts werden pro Jahr um 7 500 erhöht.

2020/21 15 000 €

Begründung:

Die Bedeutung der Streuobstbestände ist in unserem „Streuobstwiesen-Vorschlag“ vom 18.1.2020 dargelegt, der im nächsten Umweltausschuss diskutiert werden soll.

In diesem Vorschlag sind folgende haushaltsrelevante Vorschläge enthalten:

- Unterstützung von Eigentümer*innen bei der Pflege von einzelnen Streuobstbäumen oder Streuobstbeständen;
- Anschaffung von Kelterausrüstungen (Mühlen, Trotten, gegebenenfalls Sterilisierapparate) und deren Stationierung an Ortsverwaltungen oder SFZen;
- Beteiligung an der Ausbildung von „Streuobstpädagog*innen“;
- Förderung und Unterstützung schulischer Projekte;
- Beteiligung an der Landes-Förderkulisse „Baumschnitt-Streuobst“;
- Verwertung des Grasschnitts;
- Unterstützung beim Schreddern von Baumschnitt durch städtische Technik;
- Förderung von Pflege und Obstverwertung nach Iffezheimer Beispiel.

19 **7. Höhergruppierung der städtischen Reinigungskräfte**

Die in EG 1 Erfahrungsstufe 6 eingestuft städtischen Reinigungskräfte, die in EG 1 Erfahrungsstufe 6 werden höher gruppiert in EG 2.

2020/21 600 000 €

Begründung:

Die Begründung ist dargelegt im Grünen-Antrag zur Höhergruppierung der Reinigungskräfte vom 1.12. 2019 und in unserer Erwiderung auf die Antwort der Verwaltung. Der Antrag ist sozial gerecht und unterstützt die Gleichstellung der Frau. Er setzt die Bestimmungen des TVÖD um und erfordert deshalb von uns keinen Deckungsvorschlag.

20 **8. Wartehäuschen TGO**

Unter lfd. Nr. 175 des Mehrjährigen Maßnahmenprogramms sind Betriebskostenzuschüsse für den barrierefreien Umbau von Haltestellen in Höhe von 200 000€/Jahr eingeplant. Ein Teil dieser Gelder soll für die Errichtung von Wartehäuschen an besonders frequentierten Haltestellen verwendet werden.

Begründung:

Zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV gehört auch die einigmaßen komfortable

Gestaltung der Haltestellen. Und dazu gehören Wartehäuschen, die in Zeiten der Klimaerhitzung einerseits gegen zunehmend unvorhersehbare starke Regengüsse schützen und die andererseits gegen die vorhersehbare zunehmend starke Hitze-einwirkung Schatten bieten müssen

9. Kommunales Wohnungsförderungsprogramm

Das Kommunale Wohnungsförderungsprogramm (KOWO) wird auch für den Zeitraum 2020 und 2021 mit jeweils 500 TEUR fortgesetzt. Außerdem nimmt die Verwaltung mit den hiesigen Wohnbaugesellschaften Gespräche auf, um den entsprechenden Bedarf an weiteren neu zu errichteten Wohnungen zu ermitteln.

2020/21 1 000 000 €

Begründung:

21
Unsere Fraktion hatte bereits zum DHH 2018/2019 ein derartiges Förderprogramm beantragt. Dort sind auch die Details beschrieben. Der Gemeinderat hat hierfür im Jahre 2019 einmalig 500 000€ bewilligt und gleichzeitig entschieden, die mögliche Akzeptanz bei bauwilligen Interessenten abzuwarten.

Nun steht fest: Im ersten Quartal 2020 werden die letzten Fördermittel abgerufen. Diese Förderung hat also bei den Wohnbaugesellschaften breiten Zuspruch gefunden.

Die geförderten Wohnungen unterliegen weiterhin der Mietpreisbindung. Während der Bindungszeit richtet sich die Höhe der Miete und die Möglichkeiten der Mieterhöhung nach den zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden landesrechtlichen Vorschriften.

Die Förderung mit diesem Programm wird zusätzlich zu der vorrangig in Anspruch zunehmenden Landesförderung gewährt. Die Mittelgewährung ist dabei abhängig von der Förderzusage der L-Bank.

Bei einer 60m²-Wohnung errechnete sich für 2019 eine Förderung von 18.000 €. Mit dem gesonderten Zuschuss von 2.000 € ergab sich eine Gesamtförderung von 20.000 € pro errichtete Wohnung.

Vorschlag für die Gegenfinanzierung:

Die Fraktion Bündnis/Die Grünen schlägt vor, dass die Planung der Wilhelmstraße aufgegeben wird. Die Ausschreibung hatte zuletzt ohne Erfolg. Außerdem ist davon auszugehen, dass sämtliche Fraktionen diese Projektverfolgung aufgeben werden. Ein Teil der eingesparten Mittel soll für die Fortsetzung des Kommunalen Wohnbauförderungsprogramms (KOWO) dienen.

10. Wilhelmstraße

22
Die Planung für die Umgestaltung der Fahrbahn Wilhelmstraße zwischen Unionbrücke und Pfefferle-Kreuzung ist aufzugeben. Gleichzeitig beantragen wir die Pflanzung von neuen Bäumen in diesem Bereich auf der Westseite. Hierfür ist ein Baumpflanzkonzert seitens der Verwaltung zu erarbeiten und bis 1. Oktober dem Gemeinderat vorzulegen.

2020/21 30 000€

Begründung:

Die Einrichtung der Fahrradschutzstreifen in der Rammersweier Straße und Ortenberger Straße entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. In der Offenburger Bevölkerung stieß diese Maßnahme von Anfang an auf keine Akzeptanz. Eine Umgestaltung der Wilhelmstraße macht bereits aus diesen Gründen schon keinen Sinn. Es wird vielmehr zukünftige Aufgabe sein die Schwächen des Straßenabschnitts Rammersweier-Kreisel (Durbacher Straße) bis Fessenbacher-Kreisel (Ortenberger

Straße) insgesamt auszumerzen.

Hierzu wird ein gesonderter Antrag zur Überprüfung der Radverkehrsanlagen im Frühjahr 2020 überlassen werden.

Zunächst ist die Einführung von Tempo 30 auf dem gesamten Straßenabschnitt unerlässlich. Dieser wird von unserer Fraktion explizit beantragt.

Gegenstand dieses Haushaltsantrags ist die Erstellung eines Baumpflanzkonzepts. Fakt ist, dass über 20 gesunde Bäume entlang der westlichen Seite der Wilhelmstraße gefällt wurden. Zum damaligen Zeitpunkt war die erfolglose Ausschreibung nicht vorherzusehen.

Im Rahmen der vorherigen Diskussionen zum Baumbestand wurde auch bekannt, dass etliche Bäume zu nah aufeinander gepflanzt worden waren. Ein Konzept hat sich mit der ganzen Situation des vorhandenen Baumbestandes auseinanderzusetzen. Hierbei geht es nicht nur um die Auswahl der neuen Standorte, sondern auch um die Geeignetheit der Baumarten.

11. „Elternbriefe“

Offenburg trägt die Kosten für die Versendung von „Elternbriefen“ zur Unterstützung junger Eltern. Der jährliche Aufwand beträgt beim Einstieg ca. 35 000 €.

2021 35 000 €

Begründung:

Junge Eltern wollen ihren Kindern die bestmöglichen Entwicklungschancen bieten, wissen aber oft nicht, wie sie diese gestalten können. Unsicherheiten bezüglich der eigenen Erziehungsvorstellungen und manchmal auch fehlende positiv erlebte Vorbilder lassen den Beratungsbedarf in allen Bevölkerungsschichten wachsen – unabhängig vom Bildungsniveau.

Die Elternbriefe unterstützen und erhöhen die Sensitivität für die Bedürfnisse des neuen Familienmitglieds und die Entwicklung tragfähiger Beziehungen.

Herausgeber der „Elternbriefe“ ist der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V., der sich seit 1951 für eine moderne, von gegenseitigem Respekt und demokratischen Prinzipien getragene Erziehung einsetzt.

Mit seinem Projekt „Elternbriefe“ unterstützt und begleitet der Verein Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe.

Die Briefe geben möglichst passgenau Informationen zu den wichtigsten Fragen und Unsicherheiten der Eltern.

Entwickelt wurden die „Elternbriefe“ von einem Arbeitskreis junger Eltern, Ärzten/innen und Psychologen/innen; sie werden ständig überarbeitet und aktualisiert und können eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Bewältigung schulischer Laufbahnen sein.

Sie sind in der sog. „einfachen Sprache“ und verschiedenen Fremdsprachen erhältlich.

Rund 18 Bundesländer, Kreise, Städte und Gemeinden, seit 1/2018 auch Karlsruhe, übernehmen bislang die Kosten für die Zustellung der Elternbriefe an Eltern in ihren Zuständigkeitsgebieten.

12. Radweg Windschlag

Wir unterstützen den Prüfantrag der SPD: Kosten und Realisierungsmöglichkeiten des neuen Vorschlags der Ortsverwaltung **Windschlag** für die Verlängerung des

Radwegs Spieri mit Anschluss an die Willi- Brandt- Brücke entlang der B3 ohne Überquerung der Kreuzung B3/ Willi-Brandt-Brücke.

13. Antrag: Hütten im Außenbereich

Wir beantragen gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, Freien Wählern, SPD und FDP im DHH 2020/2021 die Erstellung einer Bestandsaufnahme von Hütten auf dem Gebiet der gesamten Stadt incl. aller Ortsteile.

Begründung:

In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass die Anzahl der nicht genehmigten Bauten (Hütten im Außenbereich) stark zugenommen hat. Damit die Stadtverwaltung hier angemessen reagieren kann, beantragen wir über ein externes Büro im ersten Schritt ein Gutachten für die Bestandsaufnahme erstellen zu lassen. Im späteren Verlauf hat die Verwaltung die weitere Vorgehensweise bzw. Priorisierung vorzuschlagen.

Deckungsvorschläge:

- Verzicht der Neugestaltung der Wilhelmstraße MMP Nr. 161 – Einsparung: **1,3 Mio. €**
- Verzicht der Gestaltung und Entwicklung Waldbachfriedhof Anlage 5 Nr. 94 - Einsparungen beim Wohnhaus neben der Kapelle
Einsparung: **290 T€**
Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat am 10.02.2020 für den Abriss des Wohngebäudes stimmen wird.
- Verzicht auf die Aufnahme des Gerichtsparkplatzes in das Parkleitsystem – Einsparung: **85 T€**
- Nicht Einführen des Kommunalen Ordnungsdienstes Anlage 4 Nr. 38 - 40 mit Ausnahme einer Stelle für Straßensozialarbeit – Einsparung: **1 Mio. €**
Die Überwachung von Sicherheit und Ordnung ist originäre Aufgabe der Landespolizei. Die Einführung eines KOD auf der bislang vorgeschlagenen Basis ist ein untauglicher Versuch. Auch eine etwaige Erhöhung auf das Doppelte an Personal lehnen wir ab. Defiziten ist im Vorfeld zu begegnen. Aus diesem Grund sind wir für die Erhöhung der Straßensozialarbeit um eine Stelle.
- Verzicht auf Ausstattung kommunaler Ordnungsdienst Anlage 5 Nr. 21 – Einsparung: **150 T€**

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Eisenbeiß

Von: Ingo Eisenbeiß [<mailto:ingo.eisenbeiss@kanzlei-eisenbeiss.de>]

Gesendet: Freitag, 28. Februar 2020 09:51

An: Kopp, Hans-Peter

Cc: Andrea Thomann; Aydin Özügenc; Karin Jacobsen; Luca Witt; Maren Seifert; Martin Ockenfuß; Norbert Großklaus; Paul Sachs; Simone Brudy; Stefan Böhm

Betreff: AW: Haushaltsantrag Bündnis90/Die Grünen DHH 20/21

Sehr geehrter Herr Kopp,

ich bedanke mich für Ihren Hinweis vom 18. Februar 2020.

D25 Im Nachtragshaushalt 2019 wurde eine sog. Sonderzuführung von 1,5 MIO EUR für den Aufbau eines Landesgartenschau-Fonds (LGS-Fonds) in 2020 beschlossen. Unsere Fraktion hält die jährliche Sparrate von 1 MIO EUR zum jetzigen Zeitpunkt jedoch für ausreichend. Insoweit sollen diese Mittel der Sonderzuführung nunmehr als weiterer Deckungsvorschlag dienen.

D26 Das Vorziehen des Feuerwehrhauses in Zell-Weierbach in Stufe I ist unumgänglich. Hier sind überragende Rechtsgüter der öffentlichen Sicherheit betroffen. Eine temporäre Kreditaufnahme in Höhe von ca. 2 MIO EUR ist damit absolut zu rechtfertigen, wobei unsere Fraktion hofft, dass die Gewerbesteuereinnahmen trotz der wirtschaftlichen Abschwächung in den nächsten Jahren höher ausfallen als in der vorsichtig zurückhaltenden Prognose der Verwaltung. Insoweit könnte ein kurzfristiger Kredit sogar obsolet werden.

Viele Grüße,

Ingo Eisenbeiß

Kanzlei Eisenbeiß

Hildastr. 20

77654 Offenburg

Telefon 0781 / 20 55 23 23

Telefax 0781 / 20 55 04 50

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und nur für den oben genannten Empfänger bestimmt. Sollten Sie als Empfänger nicht mit dem Adressaten identisch oder von ihm zum Empfangen dieser Nachricht bevollmächtigt sein, weisen wir darauf hin, dass jede Speicherung, Verbreitung und Vervielfältigung dieser Nachricht untersagt ist. Bitte teilen Sie uns den Empfang fehlgeleiteter Nachrichten umgehend telefonisch unter +49-781-20 55 23 23 oder per E-Mail mit und vernichten Sie die E-Mail. Vielen Dank. Bitte teilen Sie uns umgehend mit, falls Sie oder Ihr Arbeitgeber mit der Übersendung von E-Mails dieser Art im Rahmen unserer Mandatsbeziehung nicht einverstanden sind/ist.

Gemeinderatsfraktion Offenburg



Dr. Albert Glatt, C.-Robert-Doldstraße 10, 77654 Offenburg

Herrn
Oberbürgermeister
Marco Steffens
Hauptstraße 90
77652 Offenburg

Vorsitzender
Dr. Albert Glatt
C.-Robert-Doldstraße 10
77654 Offenburg
Telefon: Praxis 0781 74400
 Privat 0781 38574
E-Mail: albert.glatt@t-online.de
Offenburg, den 02.02.2020

Stellungnahme und Anträge der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2020/2021 und Fortschreibung des mehrjährigen Maßnahmenprogramms einschl. Finanzplanung 2020 - 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

der vorliegende Haushaltsentwurf macht deutlich, dass Offenburg finanziell sehr gut dasteht und damit erhebliche Investitionen möglich sind.

Wir investieren in den nächsten Jahren in erheblichem Umfang in die Bereiche

- Kindertagesstätten, sowohl baulich als auch im Angebot an Betreuungsplätzen und damit Personal,
- Schulen (erhebliche Sanierungen, Erweiterungen, ja sogar Verlagerung mit Neubau der Erich-Kästner-Realschule nach Zell-Weierbach)
- Straßen- und Brückensanierungen
- Sanierungsgebiet Schlachthof-Bahnhof
- ÖPNV
- Kultur mit Ausbau des Salmen zu einer besonderen Gedenkstätte

und vieles mehr.

Wir leben in einer Stadt mit einem attraktiven Kultur- und Sportangebot, potenten Firmen... als „Einkaufstadt“ wollen wir Magnet in der Region sein und tun auch Vieles dafür.

Trotz aller positiven Kennzahlen wissen auch wir, dass es zunehmend schwierig wird, dieses Niveau zu halten.

Unsere Mittel sind begrenzt und wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Dieser Verantwortung stellen wir uns und werden unsere Anträge mit Deckungsvorschlägen untermauern.

1. Neubau des Feuerwehrhauses Rebland (MMP Nr. 54) – Vorziehen der Maßnahme

Vorziehen der Planungsmittel von 100.000 € nach 2021, um das Konzept mit Gebäudeplan zu erstellen. Beginn des Neubaus Ende 2022, somit sind die Finanzmittel von Stufe II nach 2022/23 zu verschieben.

Begründung:

Die Verwaltung erkennt im Rahmen der Aufstellung des DHH die Notwendigkeit dieser Maßnahme, sieht deren Verwirklichung allerdings erst in Stufe II, also erst im Zeitraum 2024 – 2027.

Nach dem gelungenen Ankauf des ehemaligen Volksbankgeländes in Zell-Weierbach ist der geeignete Standort gefunden.

Deshalb kann und muss jetzt an die zügige Umsetzung gegangen werden. Beide Feuerwehrhäuser (Fessenbach und Zell-Weierbach) entsprechen in keinsten Weise den Anforderungen an eine angemessen ausgestattete Feuerwehr. Weder der technische Bereich noch die Möglichkeiten der Umkleide und Duschen entsprechen den Mindestansprüchen gerade auch, wenn an die Werbung und Gewinnung von Frauen für den Feuerwehrdienst gedacht wird.

Eine Unterbringung der unter Nr. 3 geforderten Fahrzeuge ist im Bestand nicht möglich.

Da es sich hier um eine Vorwegnahme einer vorgesehenen Maßnahme handelt, sehen wir keine Notwendigkeit für einen Deckungsvorschlag.

Eine Zwischenfinanzierung wäre denkbar, ebenso eine interne Zwischenfinanzierung über den LGS-Fond.

2. Neubau des Feuerwehrhauses Süd (MMP Nr. 55) – Vorziehen der Maßnahme

Vorziehen der Planungsmittel von 100.000 € nach 2023, um das Konzept mit Gebäudeplan zu erstellen. Beginn des Neubaus 2024, somit sind die Finanzmittel von Stufe III nach Stufe II zu verschieben.

Begründung:

Die Verwaltung erkennt im Rahmen der Aufstellung des DHH die Notwendigkeit dieser Maßnahme, sieht deren Verwirklichung allerdings erst in Stufe III, also erst nach 2028.

Nach Vorziehen des Feuerwehrhauses Rebland kann diese Maßnahme ebenfalls nach vorne verschoben werden.

Die Notwendigkeit eines Neubaus für den Ausrückebereich Süd und damit Gründung einer gemeinsamen Feuerwache der Wehren von Zunsweier und Elgersweier ist erwiesen und deckt sich mit den gleichen Problemen wie im Rebland.

Mit der Bereitstellung der Planungsmittel kann der Standort geklärt, Grunderwerb getätigt werden. Die Umsetzung soll ab 2024 erfolgen.

Wir gehen davon aus, dass nach dem Bau der Feuerwache Nord (Bühl), West im Jahr 2020 (Waltersweier), Rebland im Jahr 2023 (Zell-Weierbach) Synergien entstehen und Planungskosten reduziert werden können.

Da es sich hier um eine Vorwegnahme einer vorgesehenen Maßnahme handelt, sehen wir keine Notwendigkeit für einen Deckungsvorschlag zumal das Verschieben von Stufe III nach Stufe II erst mit dem nächsten DHH 2022/2023 in die konkrete Finanzplanung eintritt.

28
29
3. **Anschaffung Tanklöschfahrzeug TLF 3000 (MMP Nr. 34) und Löschgruppenfahrzeug LF 10 (MMP Nr. 35) – Vorziehen der Maßnahme**

Die Anschaffung des TLF 3000 erfolgt 2021 (statt 2022), d. h. sofortige Bestellung. Die Anschaffung des LF 10 erfolgt 2022 (statt 2024).

Begründung:

Der Feuerwehr Offenburg steht kein Löschfahrzeug zur Verfügung, das bei Waldbrand im Bereich Rebland in steilem Gelände einsetzbar ist. Seit Jahren besteht wegen der anhaltenden Trockenheit im Wald eine deutlich erhöhte Brandgefahr. Auf diese Gefahr muss die Offenburger Feuerwehr vorbereitet sein.

Es ist unvorstellbar und unverantwortlich hier auf Zeit zu setzen und sich auf die Nachbarwehren Durbach und Ohlsbach zu verlassen..

Da es sich hier um eine Vorwegnahme einer vorgesehenen Maßnahme handelt, sehen wir keine Notwendigkeit für einen Deckungsvorschlag. Eine Zwischenfinanzierung wäre denkbar, ebenso eine interne Zwischenfinanzierung über den LGS-Fond.

30
4. **Stärkung der Organisationsstruktur und Strategieprozess zur Optimierung der Arbeitsabläufe und Herausarbeiten der Ressourcen in der Verwaltung**

Begründung:

Die Personalaufwendungen werden bis zum Jahr 2024 um über 22% steigen, von 49 Mio. € im Jahr 2019 auf 60 Mio. € in 2024.

Gleichzeitig stellen wir bei vielen Beratungen fest, dass der Wunsch seitens der Verwaltung nach Stellenschaffung häufig sehr schnell vorgetragen wird, zuletzt um die Ehrung der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren.

Neben unumgänglichen Stellenausweitungen wie z.B. im Kindertagesstättenbereich (mehr Kinder und höhere Betreuungszeiten erfordern mehr ErzieherInnen) soll im Bereich der Verwaltung ein externes Büro Strategien zu Optimierung von Abläufen, Erarbeiten von Synergieeffekten, Vermeidung von Doppelstrukturen und damit zu einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung Vorschläge unterbreiten.

Für diesen Zweck beantragen wir im DHH 100.000 € einzustellen.

Bei Erfolg dieses Prozesses refinanziert sich dieser Betrag von selbst, auf einen Deckungsvorschlag wird verzichtet.

Diesen Antrag sehen wir als Ergänzung zur Ankündigung unseres Finanzbürgermeisters, im kommenden Jahr in einen „Strategieprozess zur Stärkung der Investitionskraft“ einzutreten.

31
5. **Anbau der Grundschule Rammersweier**

Begründung:

An der Grundschule Rammersweier werden derzeit 94 Kinder (Stand Schulamt Offenburg) unterrichtet.

In den nächsten Jahren wird sich mit dem Baugebiet Schleichgässchen II die Bevölkerung in Rammersweier erhöhen und derzeit ist der Strukturwandel in Rammersweier in der Bauentwicklung ebenfalls deutlich sichtbar. Als Beispiel sei hier das ehemalige Raiffeisengelände gegenüber dem Rathaus Rammersweier zu erwähnen, bei dem derzeit 9 Wohnungen entstehen. Weitere Projekte mit neuen Wohneinheiten sind in Rammersweier ebenfalls in Planung.

Die derzeitige Situation ist für das Kollegium und die Kinder im Unterrichtsalltag sehr unbefriedigend, 4 Räume – 4 Klassenzimmer. Ausweichmöglichkeiten gibt es keine, da der Hort durch den Umzug von der Kita die Räume im UG seit einigen Jahren nutzt. Hier sind ebenfalls Zuwächse zu erwarten, die in kommenden Schuljahren zu Engpässen führen werden, so dass Eltern an der Grundschule für ihre Kinder keine Betreuungsmöglichkeit angeboten werden kann.

Die pädagogischen Anforderungen sind in den letzten Jahren auch an den Halbtageschulen enorm gestiegen. Deshalb ist der schon lange gewünschte Anbau sinnvoll, um die Grundschule auch für die kommenden Jahre zukunftsweisend weiter zu entwickeln.

Für diesen Zweck werden 400.000 € im DHH eingestellt.

Deckungsvorschlag:

Bei allen großen Schulprojekten (Eichendorffschule 14 Mio. €, Schillergymnasium 9 Mio. €, Georg-Monsch-Schule 10 Mio. €) dürfen wir die kleinen Grundschulen in den Ortsteilen nicht vergessen. Der Deckungsvorschlag ergibt sich aus Notwendigkeit und Gleichstellungsempfinden... sollte das nicht ausreichen Ziffer 8.

32
33
6. **Ausbau Mensa Zunsweier, Optimierung der Mensa Rammersweier**

Begründung:

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Schulstandorte gehört unter anderem auch das Mittagessen.

Zunsweier: Durch die vor einigen Jahren umgezogene Kita in die Räume der Schule hat dies vorhandene Ressourcen inzwischen weitgehend gebunden. Deshalb betrachten wir die Erweiterung des Bewirtungs- und Küchenraums in den bisher als Lagerraum genutzten Nebenraum als sinnvoll - Umsetzung in 2020/2021.

Rammersweier: Die Hitze im Sommer sowie die Kälte im Winter in der Mensa im Foyer der Sporthalle sind schon seit einigen Jahren bekannt. Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

Beide Maßnahmen halten wir sinnvoll, um auch die beiden Schulstandorte in die Zukunft zu führen.

Bereitstellung von 100.000 € im DHH 2020/2021.

Deckungsvorschlag siehe Ziffer 8.

34
7. **Erinnerung an den CDU-Antrag zum DHH 2018/2019: Optimierung der Lichtsignalanlagen zur Staureduzierung und zur Senkung der Schadstoffbelastung im Stadtbereich**

Begründung:

Die fehlende Abstimmung mit nachfolgenden oder benachbarten LSA lässt zu wünschen übrig.

Dadurch entstehen vermeidbare längere Staus an den Kreuzungen und Einmündungen mit daraus resultierenden unnötigen schädlichen Umweltbelastungen durch Abgase.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist deshalb eine Offensive zur Optimierung der LSA erforderlich. Durch zeitgemäße sensortechnische Umrüstung können dadurch Leerumläufe vermieden oder verringert werden. Hierdurch werden auch belastende Schleichverkehre in enge angrenzende Wohnquartiere vermieden.

Obwohl im DHH 2018/2019 hierfür 310.000 € eingeplant waren (LSA Hauptstraße – Grabenallee – Weingartenstraße – Wilhelmstraße – Moltkestraße, sowie Unionbrücke) sind keine Veränderungen (positive!) wahrnehmbar.

Da das Geld noch nicht ausgegeben zu sein scheint, erwarten wir die Durchführung dieser Maßnahmen.

8. Deckungsvorschlag:

Keine Neugestaltung der Wilhelmstraße zwischen Pfefferlekreuzung und Luisenstraße (MMP Nr. 161) – Einsparung 1,3 Mio. €

D7

Begründung:

Die ursprüngliche Begründung für eine Neugestaltung der Wilhelmstraße war, den Baumbestand neu zu gestalten. Zu eng gepflanzte Bäume, falsche Nachpflanzungen, falscher Untergrund schienen dies notwendig zu machen. Dazu kam der Wunsch, Platz zu schaffen für zwei Radschutzstreifen.

Schnell erkannten die Verantwortlichen, dass ein radikaler Umbau mit kompletter Neubepflanzung bzw. Fällung der Bestandsbäume politisch nicht umsetzbar war. Andere Ideen mussten her: Zur Schaffung des Radschutzstreifens sollte nun die Straße insbesondere im nördlichen Teil verschwenkt werden, bestehende Parkplätze müssen wegfallen.

Somit entsteht Platz für den inzwischen nicht allzu beliebten Radschutzstreifen in einer Straße, die vom Radverkehr eher wenig genutzt wird (Alternativrouten bieten sich an, von Nord nach Süd fahren Radfahrer immer noch gerne auf der Wurzelstrecke zwischen den Bäumen...).

Aus Sicht der Autofahrer ist ein flüssiges Fahren an dieser Stelle eher die Ausnahme, neue gesetzliche Regelungen schreiben ohnehin eine Temporeduzierung vor Schulen (hier Georg-Monsch-Schule) vor.

Und uns ist klar: Auch nach teurer Umgestaltung werden die Stimmen nicht verstummen, hier Tempo 30 einzuführen.

Deshalb schlägt die CDU-Fraktion vor, auf die Neugestaltung der Wilhelmstraße komplett zu verzichten (Bau einer Busbucht könnte auch ohne Generalumbau erfolgen) und das Tempo in diesem Bereich auf 30 km/h zu reduzieren, was dann auch die Radschutzstreifen entbehrlich macht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albert Glatt
CDU-Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

- | | | |
|------------------------------|---|----------------------|
| - Grüne-Fraktion | - | OT |
| - Freie Wähler-Fraktion | - | BZ |
| - SPD-Fraktion | - | Guller/Stadtanzeiger |
| - FDP-Fraktion | - | Redaktion Offenblatt |
| - AFD-Fraktion | | |
| - Stadträtin Florence Wetzel | | |

Herrn
Oberbürgermeister
Marco Steffens
Hauptstraße 90
77652 Offenburg

Offenburg, 10.02.2020

Haushaltsanträge der Freien Wähler Offenburg / Doppelhaushalt 2020/2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens,

mit Ihrer Neujahrsansprache und dem Motto „viel vor“ läuteten Sie die anstehenden Projekte der Stadt Offenburg eindrucksvoll ein. Umfangreiche Investitionen mit erheblicher Tragweite und damit einhergehende Veränderungen stehen der Stadt Offenburg, ihren elf Ortsteilen und allen Einwohnern bevor.

Die Stadt Offenburg investiert in den kommenden Jahren in immanente Bereiche und vor allem in die nächsten Generationen, deren Bildung und Betreuung und vor allem in den Menschen. Wir freuen uns besonders auf den Ausbau und Modernisierung der Schullandschaft in und um Offenburg. Wir freuen uns auf eine deutliche Erhöhung der Betreuungsstellen der Kindertagesstätten, der Schaffung eines Kultur- und Kreativzentrums im Bereich des Schlachthof-Areals und ebenfalls auf eine gelungene Bewerbung der Landesgartenschau für einen der ausgewiesenen Zeiträume.

Eine moderne Politik stellt hohe Ansprüche an eine gut ausgebildete Verwaltung. Deshalb treten wir insbesondere Kürzungen im Personal- und Personalentwicklungsbereich nachdrücklichst entgegen.

Offenburg erkennt die klimatischen, verkehrlichen- und städtischen Veränderungen und sucht nach passenden Optionen für unsere Heimat. Dies immer unter dem Gesichtspunkt, dass Offenburg nicht nur Oberzentrum sondern auch Freiheits- Sport- und Einkaufsstadt ist und dies auch bleiben möchte.

Sicherheit zu gewährleisten ist das oberste Ziel eines Staates und ihrer Städte. So ist es für uns selbstverständlich, dass Menschen die für Sicherheit mit ihrem Leben einstehen, beste Voraussetzungen vorfinden. Umso mehr, wenn dies im Ehrenamt geschieht. Gerade die Feuerwehr Offenburg steht derzeit mit ihren Feuerwehr- und Gerätehäusern im Fokus der öffentlichen Diskussionen. Nicht zuletzt die Feuerwehrkommission hat an einigen Standorten schnellstmöglichen Handlungsbedarf aufgezeigt. Die örtlichen Gegebenheiten untermauern diese Anliegen ohne Zweifel. Daher unterstützen die Freien Wähler die von den Verantwortlichen vorgebrachten Verbesserungsvorschläge zur Stärkung, Modernisierung unserer Feuerwehr.

Ein weiterer, sehr wichtiger Stützpfeiler unserer Bevölkerung ist das Ehrenamt. Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Sei dies im Sport, in der Kultur oder wie bereits erwähnt, wenn es um die Sicherheit des Menschen und deren Eigentum geht. Viele Hürden, Hindernisse und bürokratischer Aufwand schwächen das Ehrenamt in der heutigen Zeit. Finanzielle Zuschüsse sind nicht für alle Ehrenamtliche sofort ersichtlich. Vorschriften wie von der GEMA oder Auflagen im Sinne des Datenschutzgesetzes machen ehrenamtliches Engagement noch unattraktiver. Es fehlt ein Bindeglied zwischen Menschen die sich einbringen und gestalten möchten. Ein Bindeglied zwischen Verein und Bürokratie. Wir sehen hier enormes Potential in einer koordinierenden Stelle welche bei der Stadt Offenburg angesiedelt ist und bei all diesen bürokratischen Hindernissen als Schamierfunktion wirkt. Man stelle sich einmal vor, all das Ehrenamt und die geleistete Arbeit bezahlen zu müssen, sodann ist hier jeder Euro bestens investiert.

Wie Herr Bürgermeister Kopp erneut eindrucksvoll in seiner Haushaltsrede dargelegt hat, geht es der Stadt derzeit finanziell sehr gut. Es wurde aber auch frühzeitig erkannt, dass dieses Niveau nicht als selbstverständlich erachtet werden darf und zukünftig gezieltes Handeln erfordert. Gerade deshalb möchten wir Teil der anstehenden Aufgaben sein und konzentrieren uns bei den Haushaltsanträgen auf die für die Freien Wähler wesentlichen Punkte.

Anträge:

1. Neubau des Feuerwehrhauses Rebland

Die Planungsmittel in Höhe von € 100.000 zur Konzepterstellung sollen nach 2021 vorgezogen werden. Die Erstellung des Neubaus soll bereits Ende 2022 begonnen werden.

Begründung:

Der Ankauf des Volksbankgeländes in Zell-Weierbach als geeignetsten Standort ist bereits vollzogen. Der Neubau kann nicht erst in Stufe II also ab 2024 begonnen werden, da beide Feuerwehrhäuser in Zell-Weierbach und Fessenbach seit Jahren längst nicht mehr den technischen und hygienischen Anforderungen entsprechen. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel und der immer größer werdenden Waldbrandgefahr sowie der nicht vorhandenen Unterbringung der hierfür geeigneten Fahrzeuge (siehe Nr. 3 der Anträge) ist eine schnelle Umsetzung unumgänglich.

2. Neubau des Feuerwehrhauses Süd

Die Planungsmittel in Höhe von € 100.000 sind hier nach 2023 vorzuziehen sodass mit der zügigen Umsetzung eines Neubaus bereits ab 2024 begonnen werden kann.

Begründung:

Der Zusammenschluss der Feuerwehren in Zunsweier und Elgersweier ist beschlossene Sache. Die schlechten Zustände an beiden bisherigen Standorten sind seit Jahren bekannt. Eine Beseitigung der Probleme wurde immer wieder verschoben. Insbesondere die hygienischen Zustände mit fehlenden Duschen u. a. lassen sich nicht mehr auf mehrere Jahre verschieben. Mit der Bereitstellung der Planungsmittel kann alsbald ein geeigneter gemeinsamer Standort gefunden und die Umsetzung ab 2024 erfolgen.

3. Neuanschaffung des Tanklöschfahrzeuges 3000 und Löschgruppenfahrzeuges 10

Begründung:

Bei Waldbränden musste bisher immer auf entsprechende Löschfahrzeuge der Feuerwehren in Durbach und Ohlsbach zurückgegriffen werden. Die Waldbrandgefahr im Zuge des Klimawandels lässt keinen weiteren Aufschub zu. Schnelle Einsatzmöglichkeiten in schwierigen topografischen Lagen sind mit diesen Fahrzeugen gewährleistet und deshalb unbedingt notwendig.

4. Schaffung einer halben Personalstelle für einen Vereinsbeauftragten

Offenburg benötigt einen städtischen Ansprechpartner, der Hilfe für Vereine koordiniert und bereitstellt sowie bei administrativen Themen unterstützt. Die Koordinationsstelle soll den Umfang mindestens einer 50% Stelle ausfüllen. Ein Offenburger Haus der Vereine soll ab 2021 alle Hilfsangebote für die Vereine unter einem Dach bündeln. Zu den Aufgaben gehören:

- Den Aufbau und die Koordination einer Struktur, die den Einsatz von Ehrenamtlichen fördert, weiterentwickelt, systematisiert und organisiert
- Unterstützungsmaßnahmen und Initiativen zur Gewinnung und Begleitung von ehrenamtlichen Engagierten, wie zum Beispiel ein Ehrenamtsfinder. Welches Ehrenamt passt zu mir?
- Personelle und sachliche Unterstützung von ehrenamtlich Tätigen z.B. durch Informationen oder Fort- und Weiterbildungsangebote sowie Organisation von Veranstaltungen für und mit Ehrenamtlichen: Was ist zu beachten beim Thema Datenschutz, Gema etc.?
- Unterstützung der Vereine bei Aktivitäten und Kooperationen: Gibt es Möglichkeiten Förderanträge zu stellen? Wie stelle ich einen Förderantrag und was ist zu beachten?
- Öffentlichkeitsarbeit

Begründung:

Das Ehrenamt ist der Stützpfiler unserer Gesellschaft. Vereine und der Sport fördern das Miteinander, ermöglichen Integration und schaffen Begegnungsräume. Oft stehen die Vereine und Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen, vor großen Herausforderungen. Diese Menschen müssen eine Arbeitserleichterung erfahren. Die Stadt Offenburg muss für das Ehrenamt eine größere Hilfe und Anerkennung bereitstellen.

40

5. Ortsteilbudgets

Wir beantragen die jährliche Zuweisung eines frei disponierbaren Sonderbudgets von jeweils 10.000 Euro für jeden der elf Offenburger Ortsteile.

Begründung:

Unsere Ortsteile haben über Ortsvorsteher und Ortschaftsräte eine ausgezeichnete Verwaltung, die nach demokratischen Grundsätzen organisiert ist. Die Aufgaben sind vielfältig und individuell je Ortsteil. Mit der beantragten pauschalen Zuweisung soll erreicht werden, dass der Gemeinderat die Eigenverantwortung der einzelnen Ortsteile, jeweils ohne Zweckbestimmung, stärkt. Die Ortsteile sollen flexibler werden und die kleineren Ausgaben eigenverantwortlich entscheiden können. Durch die pauschale jährliche Zuweisung wird der Verwaltungsaufwand insgesamt mit hoher Wahrscheinlichkeit reduziert, weil Ausgaben im Ortsteil selbständig disponiert werden, die bisher in Einzelanträgen bei der Verwaltung vorgelegt werden mussten.

68

Deckungsvorschlag:

Verzicht auf die Neugestaltung der Wilhelmstraße (MMP Nr. 161).
Hierdurch könnten 1,3 Mio. € eingespart werden.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Konprecht,
FWO-Fraktionsvorsitzender

Verteiler:

- Fraktion Bündnis 90 die Grünen
- CDU Fraktion
- SPD Fraktion
- FDP Fraktion
- AFD Fraktion
- Freie Liste Offenburg / Frau Wetzel
- Badische Zeitung
- Offenburger Tageblatt
- STAZ/Guller
- Offenblatt

Von: Stefan Konprecht <stefan.konprecht@gmail.com>

Datum: 20. Februar 2020 um 10:04:29 MEZ

An: "Kopp, Hans-Peter" <HP.Kopp@offenburg.de>

Betreff: Aw: Haushaltsanträge - Freie Wähler Offenburg - DHH2020/21

Sehr geehrter Herr Kopp,

vielen Dank für Ihre Nachricht bzgl. den Haushaltsanträgen.

Nach Abstimmung mit der FWO-Fraktion, würden wir den bisher benannten Deckungsvorschlag durch den nachstehenden Vorschlag ergänzen.

027 Die Stadt Offenburg verfügt über den für die Landesgartenschau eigens angelegten Finanzierungsfond. Dieser Fond ist derzeit mit 5,5 Mio. Euro überplanmäßig gefüllt. Wir schlagen vor, aus diesem Fond 1,5 Mio. Euro zu entnehmen. So wäre der größte Anteil der Deckungslücke geschlossen und der LGS-Fond wäre mit den verbleibenden 4 Mio. Euro auf Stand der Finanzierung.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Konprecht,
FWO-Fraktionsvorsitzender

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Gemeinderatsfraktion Offenburg



Herrn Oberbürgermeister
Marco Steffens
Historisches Rathaus
Hauptstraße 90
77652 Offenburg

6.2.2020

Anträge der SPD Gemeinderatsfraktion zum Doppelhaushalt 2020/2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffens!

Offenburg ist eine offene, familienfreundliche und soziale Stadt. Die SPD Fraktion übernimmt zusammen mit der Verwaltung und dem Gemeinderat die Verantwortung für eine sozial ausgewogene und umweltschonende Weiterentwicklung unserer Gemeinde.

In den vergangenen und kommenden Jahren wurden und werden viele Millionen Euro für Familien mit ihren Kindern, für Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehr, die Innenstadtentwicklung und die Entwicklung von Baugebieten ausgegeben. Genau so wichtig wie die Innenstadt sind uns die elf Ortschaften.

Die Innenstadt soll noch mehr ein verkehrsberuhigter Raum und Wohlfühlort werden. Deswegen beantragten wir die Befreiung der Innenstadt von Durchgangsverkehr in einem ersten Schritt mit der Umgestaltung des Gerichtsparkplatzes zu Grün- und Abstellfläche für Fahrräder und Anwohnerparkplätzen. Deshalb lehnen wir die Einbeziehung des Gerichtsparkplatzes in das Parkleitsystem ab. Außerdem stellen wir zur Erreichung dieses Ziels den Prüfantrag, in der Innenstadt vom Bahnhof bis zur Hochschule einen elektrisch betriebenen Pendelbus einzurichten.

Bewusst schlagen wir mehr Deckungsmittel zur Einsparung als zusätzliche Ausgaben vor. Wir werden in den Jahren 2022/23 eine Deckungslücke von 8 Mio. Euro haben, dazu kommen mögliche zusätzliche Kosten für die Feuerwache Mitte mit Rettungsleitstelle, die wir für sehr wichtig halten. Mit unseren zurückhaltenden Forderungen wollen wir verantwortlich mit unseren Finanzen auch in der Zukunft umgehen.

Die SPD Gemeinderatsfraktion stellt zum Doppelhaushalt 2020/21 folgende Anträge mit Deckungsvorschlägen und Prüfanträge:

Dr. Martina Bregler
Fraktionsvorsitzende
Im Laulesgarten 17, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 36863
Email: martina.bregler@spd-offenburg

Bankverbindung
IBAN: DE28 50033300 1011205200
BIC: SCFBDE33XXX

Anträge:

1. Zusatzanträge der Ortschaftsräte Nr. 17 und 35
Neubau Feuerwehrhaus Rebland : Vorziehen der Planungsmittel auf 2021 (100T€) und Vorziehen der Mittel von Stufe II auf 2022/23 und damit Baubeginn Ende 2022. Dementsprechend soll das **Feuerwehrhaus Süd** ebenfalls früher, ab 2024 in Stufe II angegangen werden.
Kosten: 2,6 Mio. vorziehen aus Stufe II nach 2022/23
Begründung: Die Arbeitsbedingungen und Ausrüstung unserer ehrenamtlichen und hauptberuflichen Feuerwehrleute hat bei uns Priorität. Die Feuerwehrhäuser in Fessenbach, Zell- Weierbach, Elgersweier und Zunsweier entsprechen schon lange nicht mehr den Anforderungen an Funktionalität, Hygiene und Raumangebot. Dies umso mehr, als sich die Feuerwehren der Teilorte zusammenschließen (Fessenbach und Zell-Weierbach, Elgersweier und Zunsweier). Dies führt zu heute unhaltbaren Zuständen für weibliche und männliche ehrenamtliche Feuerwehrkräfte und zur Verschiebung der Anschaffung des Tanklöschfahrzeugs TLF 3000 für Waldbrände wegen des fehlenden Platzes für dieses Fahrzeug. (41)
(42)

2. Zusatzanträge der Ortschaftsräte Nr. 4
Sanierung des Spielplatzes Talackerweg Bühl : Sanierung in 2020/2021
Kosten: 250T€
Begründung: Wegen des desolaten Zustandes dieses Spielplatzes unterstützen wir den Antrag der Ortschaft Bühl und wollen, dass diese fünfte Maßnahme zusätzlich zu den anderen vorgeschlagenen vier umgesetzt wird. (43)

3. Neu
Ermäßigte Dauerkarten für Familien mit Familienpass in die Offenburger Schwimmbäder in den Sommerferien
Kosten: 100 T€
Begründung: Die SPD Fraktion will besonders die Familien mit Familienpass in den Sommerferien unterstützen, dass sie preisgünstiger als für den Normalpreis in ein Schwimmbad in Offenburg gehen können. Wir bitten die Verwaltung, kurzfristig ein Konzept zu erarbeiten, wie dies umgesetzt werden kann und welchen finanziellen Aufwand dies bedeutet. Die beantragten 100 T€ sind eine erste Schätzung und sind von der Verwaltung zu konkretisieren. (44)

Mehraufwand in den Jahren 2020- 2023 3.000 T€

Deckungsvorschläge:

Personalentwicklung: Nachdem in den letzten Jahren viele Personalstellen neu geschaffen wurden, die in großen Teilen unumgänglich waren, wie z.B. das hauptamtliche Personal bei der Feuerwehr oder die zusätzlichen Erzieher/innen für die Kitas, möchte die SPD-Fraktion hier zunächst erst einmal eine vorsichtigere Weiterentwicklung. Folgende Verwaltungsvorschläge werden nicht unterstützt oder sollen zurückgestellt werden:

Dr. Martina Bregler
Fraktionsvorsitzende
Im Laulesgarten 17, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 36863
Email: martina.bregler@spd-offenburg

Bankverbindung
IBAN: DE28 50033300 1011205200
BIC: SCFBDE33XXX

1. Anlage 4 Nr. 5

Entfall der Teamleitung „Personal-/Organisationsentwicklung...“

Einsparung: 320 T€

Begründung: Die zusätzliche Schaffung dieser neuen Stelle ist für uns nicht nachvollziehbar.

2. Anlage 4 Nr. 12

Entfall der Stelle für „vorbeugenden Brandschutz...“

Einsparung: 280 T€

Begründung: In den letzten Jahren hat in diesem Bereich ein starker Ausbau stattgefunden. Uns erscheint ein weiterer Stellenaufbau- trotz der Fallsteigerungen- nicht zwingend. Auch die benannten Projekte wie Güterzugtunnel und neues Klinikum werden erst in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre konkret geplant und müssen dann von dem vorhandenen erfahrenen Personal betreut werden.

3. Anlage 4 Nr. 38 - 40

Nicht Einführen des Kommunalen Ordnungsdienstes mit Ausnahme einer Stelle für Straßensozialarbeit

Einsparung: 1.000 T€

Begründung: Wir sind der Meinung, dass Sicherheit Aufgabe des Landes ist. Mit den fünf geplanten Stellen kann bestenfalls eine Scheinsicherheit hergestellt werden. Es ist zu erwarten, dass diese Stellen mindestens um das Doppelte aufgestockt werden müssen, um wirkungsvoll zu arbeiten. Wir befürchten außerdem, dass uns das Land weniger Polizeistellen zuweist, wenn die Stadt in diesem Bereich selbst tätig wird.

4. Anlage 5 Nr. 21

Entfall Ausstattung kommunaler Ordnungsdienst

Einsparung: 150 T€

Begründung: s. oben

5. Anlage 5 Nr. 12

Teilweiser Entfall der Kosten für „Arbeitgeberpositionierung...“

Einsparung: 150 T€

Begründung: Wir gehen davon aus, dass es in der Verwaltung genügend Fachkompetenz gibt, um eigene Ideen entwickeln zu können. Ggf. kann eine externe Beratung hinzugezogen werden, hierfür veranschlagen wir 30 T€.

6. Anlage 5 Nr. 64

Beratung und Förderung energetische Sanierung für Private

Einsparung: 200 T€

Begründung: Wir halten diese Maßnahme für interessant und sie sollte nicht ganz aufgegeben werden. Es erscheint uns aber vertretbar, den Umfang auf 100 T€ je Doppelhaushalt zu reduzieren. Der grundsätzliche Anreiz und die Beratungskompetenz bleiben so erhalten, die Kosten für die Stadt können aber in vertretbarem Rahmen gemindert werden.

Gestaltung des Stadtbildes: Die Stadt Offenburg hat in den letzten Jahren eine hohe Geldsumme für Erhaltung und Verschönerung des Stadtbildes ausgegeben und wird dies weiterhin tun. Die einheimische Bevölkerung und die Besucherinnen und Besucher sollen sich hier gerne aufhalten. Jedoch sehen wir Einspar- und Veränderungspotential, mit dem Ziel, die Finanzen der Stadt etwas zu entlasten und dennoch einen Mehrwert für die Menschen, den Einzelhandel und die Stadt zu schaffen.

7. Anlage 5 Nr. 66

Innenstadtprogramm GO OG Steinstraße verschieben in Stufe II

Einsparung: 75T€

Begründung: Nach Eröffnung des Rée Carrés sollte der Steinstraße und ihren Händlern einige Jahre „Ruhe“ gegönnt werden. Deshalb beantragen wir, die Sanierung der Steinstraße komplett in Stufe II zu verschieben. Des Weiteren soll dann ab 2024 geprüft werden, ob evtl. eine kostengünstigere und sogar „schonendere“ Maßnahme als in der Langstraße für den Vollausbau möglich ist. Evtl kann zum „richtigen Zeitpunkt“ auch eine Befragung der Einzelhändler, insbesondere in der Steinstraße gemacht werden.

8. Anlage 5 Nr. 70

Wein in der Stadt jetzt nicht umsetzen

Einsparung: 35 T€

Begründung: Ggf. kann diese Maßnahme im Rahmen der LGS wieder aufgegriffen und umgesetzt werden.

9. Anlage 5 Nr. 94

Gestaltung und Entwicklung Waldbachfriedhof Einsparungen beim Wohnhaus neben der Kapelle

Einsparung: 290T€ bei Abriss oder 350 T€ bei Teilsanierung

Begründung: Statt wie vorgeschlagen eine Komplettsanierung durchzuführen Teilsanierung oder Abriss gemäß Gemeinderatsbeschluss.

10. Anlage 5 Nr. 102

Verzicht auf die Aufnahme des Gerichtsparkplatzes in das Parkleitsystem.

Einsparung: +/- 85 T€

Begründung: Wir haben den Antrag auf Befreiung des Gerichtsparkplatzes von Autos, mit Ausnahme von Anwohnerparkplätzen und ggf. Behindertenparkplätzen, sowie die Umgestaltung des Platzes als Fahrradabstellplatz und innerstädtische grüne Insel gestellt. Wir wollen den Verkehr der Innenstadt entzerren. Damit lehnen wir die Einbeziehung des Gerichtsparkplatzes in das Parkleitsystem ab. Wir beantragen, in einem zweistufigen Verfahren, die dafür vorgesehenen Kosten für die Umlenkung des Verkehrs und für die Umplanung zu verwenden. Danach erbitten wir, die Kosten für die Umgestaltung dieses Platzes als attraktiven verkehrsberuhigten Punkt in der Innenstadt zu ermitteln.

11. Anlage 5 Nr. 121

Erneuerung der Kinzigbrücke Griesheim- Planungsmittel in Stufe II verschieben

Einsparung: 60T€

Begründung: Die Umsetzung ist erst in Stufe III vorgesehen, deswegen halten wir die Verschiebung der Planungsrate nach Stufe II für sinnvoll.

12. Anlage 5 Nr. 144

Nachhaltigkeitskonzept für Straßen kürzen um 50 %

Einsparung: 1,2 Mio

Begründung: Obwohl die SPD Fraktion diese Maßnahme für prinzipiell sinnvoll erachtet, hält sie die Sanierung eines weiteren Kinderspielplatzes, die frühere Umsetzung des Feuerwehrhauses in Zell- Weierbach und dann auch in Zunsweier/Elgersweier für vordringlich an.

13. Anlage 5 Nr. 153

Endausbau beim Alten Ausbesserungswerk verschieben

Einsparung: 40T€

Begründung: Wir beantragen , die Planungsrate nach Stufe II zu verschieben, da der Endausbau erst in Stufe III vorgesehen ist. Aus unserer Sicht macht es wenig Sinn, die Planung und die Bauausführung so weit auseinanderzuziehen. Wir befürchten zahlreiche Nachplanungen.

Deckungsvorschläge insgesamt in den Jahren 2020- 2023:

3.900 T€

Prüfanträge:

Die SPD Fraktion hat zur Verminderung des Busverkehrs in der Innenstadt die Einführung eines **elektrisch betriebenen Pendelbusses** zwischen Bahnhof und Hochschule gestellt. Wir bitten um konzeptionelle Überprüfung und die Erarbeitung eines Finanzierungsvorschlages im Rahmen des im Verkehrsausschuss am 29.1.2020 vorgestellten Aktionsplans ÖPNV.

Weiter bitten wir um Überprüfung der Kosten und Realisierungsmöglichkeiten des neuen Vorschlags der Ortsverwaltung **Windschlag** für die Verlängerung des **Radwegs** Spieri mit Anschluss an die Willi-Brandt- Brücke entlang der B3 ohne Überquerung der Kreuzung B3/ Willi-Brandt-Brücke.

Wir bitten zu prüfen, ob die unter Nr. 199 und 200 Anlage 5 geplanten **Brandschutzmaßnahmen für die Hallen in Bohlsbach und Griesheim** in Höhe von je 100T€ nicht kostengünstiger hergestellt bzw. sinnvollerweise im Zusammenhang mit ggf. später anfallenden größeren Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Wir stellen einen gemeinsamen Antrag auf Ermittlung der Kosten für die **Erstellung einer Bestandsaufnahme von Hütten im Außenbereich auf dem Gebiet der gesamten Stadt incl. aller Ortsteile durch ein externes Büro**. In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass die Anzahl der nicht genehmigten Bauten (Hütten im Außenbereich) vermehrt zugenommen hat .Nach Vorliegen des Ergebnisses soll die Verwaltung im späteren Verlauf die weitere Vorgehensweise und Priorisierung vorschlagen.

Dr. Martina Bregler
Fraktionsvorsitzende
Im Laulesgarten 17, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 36863
Email: martina.bregler@spd-offenburg

Bankverbindung
IBAN: DE28 50033300 1011205200
BIC: SCFBDE33XXX

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina Bregler
Fraktionsvorsitzende

Verteiler: Fraktionen des Gemeinderates, Stadträtin Florence Wetzel, örtliche Presse

Dr. Martina Bregler
Fraktionsvorsitzende
Im Laulesgarten 17, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 36863
Email: martina.bregler@spd-offenburg

Bankverbindung
IBAN: DE28 50033300 1011205200
BIC: SCFBDE33XXX

Stadtratsfraktion Offenburg

FDP-Stadtratsfraktion · Albert-Schweitzer-Str. 32 · 77654 Offenburg

Herr Oberbürgermeister
Marco Steffens
Rathaus

77652 Offenburg

11. Februar 2020

Anmeldungen der FDP Stadtratsfraktion für den Doppelhaushalt 2020/2021

Sehr geehrter Herr Steffens,

die FDP-Stadtratsfraktion stellt folgende haushaltswirksame Anträge:

48 **1.** Die Sauberkeit der Innenstadt wird immer wieder von vielen Bürgerinnen und Bürger bemängelt. Wir sehen hier noch großen Nachholbedarf und fordern deshalb zwei zusätzliche Stellen bei der Straßenreinigung der Technischen Betriebe Offenburg um eine erhöhte Reinigung im öffentlichen Raum durchführen zu können.

Hintergrund dieses Antrags ist, dass es seit längerer Zeit ein erhöhtes Aufkommen der Rattenpopulation in der Innenstadt gibt, wie uns mehrfach von Bewohnern der Innenstadt berichtet wurde. Durch die Stellenerhöhung könnte somit die Entleerung von Abfallbehältern engmaschiger gewährleistet werden, um einerseits dieses Problem einzudämmen andererseits trägt dies zum positiven Erscheinungsbild der Stadt bei.

49 **2.** Im Zuge des Klimawandels und die Zunahme von Hitzetage heizt sich die Innenstadt immer mehr auf. Deshalb fordern wir die Ausweitung von Frischwassertrinkbrunnen an stark frequentierten Plätzen und in der Fußgängerzone. In anderen Städten ist dies mittlerweile Standard.



Freie
Demokratische
Partei

Fraktionsvorsitzender:
Thomas Bauknecht

Albert-Schweitzer-Str. 32
77654 Offenburg

Tel. 0171 366 6367
blumen.bauknecht@t-online.de

Dr. Roland Müller
Tel. 0781 / 22066
pr.mueller@arcor.de

Silvano Zampolli
Tel. 0781 / 13 33
zampolisilvano@gmx.de

50 **3.** In der Haushaltsvorlage sind für das Ritterhausmuseum 50.000 € für die Installation eines WLAN-Netzes eingestellt. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass in dieser Summe intelligente Hinweistafeln mit QR-Codes für Ausstellungsstücke mit eingerechnet werden müssen.

51 **4.** Im Zuge einer individuellen Stadterkundung für Stadtbesucher sind an markanten Gebäuden QR-Codes anzubringen, sodass Besucher eine selbständige Stadtbesichtigung vornehmen können. Im Zeitalter der Digitalisierung wäre dies ein innovatives Angebot für alle Interessierten der Offenburger Stadtgeschichte. So kann auch außerhalb von angebotenen Stadtführungen eigenständig die Stadt erkundet werden. Dies ist auch als Angebot der Medienstadt an ihre zahlreichen auswärtigen Studierende zu sehen. Vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Heimattage im Jahr 2022 und den zu erwartenden Besucherzahlen ist dies auch eine Attraktivitätssteigerung zur Präsentation der Stadt.

52 **5.** Wir beantragen die Erstellung eines Konzepts für die Bewässerung von stadtbildprägenden Straßenbäumen.

Von der Trockenheit der vergangenen Jahre sind am stärksten Stadtbäume betroffen. Darum wird es vor allem für viele innerstädtische Bäume, besonders die stadtbildprägende Bäume, unabdingbar sein, dass man ein gesamtstädtisches Konzept zur Bewässerung von Stadtbäumen hat. Durch das Baumkataster weiß man relativ genau, welche Bäume unter der starken Trockenheit der vergangenen Jahre leiden und starke Vitalitätsverluste zeigen. Genau an diesen Bäumen sollte man ganz gezielt mit effektiven Maßnahmen wässern, damit die tieferen Bodenschichten ab einem halben Meter ihren Wasserspeicher wieder auffüllen können. Für diese Maßnahmen beantragen wir 50.000 € pro Jahr in den Doppelhaushalt einzustellen.

53 **6.** Wir unterstützen den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Freie Wähler, SPD und FDP zur Bestandsaufnahme der Nutzung von Schrebergärten. Wir beantragen im DHH 2020/2021 die Erstellung einer Bestandsaufnahme von Hütten (Schrebergärten) auf dem Gebiet der gesamten Stadt inklusiv aller Ortsteile.

In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass die Anzahl der nicht genehmigten Bauten (Hütten im Außenbereich) vermehrt zugenommen hat. Auch um ein weiteres Fortschreiten entgegenzuwirken beantragen wir über ein externes Büro im ersten Schritt ein Gutachten für die Bestandsaufnahme erstellen zu lassen. Im späteren Verlauf hat die Verwaltung die weitere Vorgehensweise bzw. Priorisierung vorzuschlagen.

D23

Z. Nicht Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes.
„Vorbehaltsbeschluss von KOD zu GVD/Straßensozialarbeit“

54

Für den Fall, dass der Gemeinderat im Jahr 2020 der Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) nicht zustimmen sollte, beantragen wir statt der reservierten Mittel die Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes (GVD) und der Straßensozialarbeit. Hierbei sollen jedoch lediglich 50 % der eingestellten Mittel verwendet werden (2 zusätzliche Stellen für GVD; 1 zusätzliche Stelle für Straßensozialarbeit).

Ordinäre Aufgabe von Sicherheit und Ordnung unterliegt der Landespolizei. Auch mit dem Hintergrund, dass die Verfolgung von Straftaten weiterhin dem Polizeidienst obliegt und nicht auf gemeindlichen Vollzugsdienst übertragen werden kann. Der Kommunale Ordnungsdienst kann daher einzig für die Verfolgung von Ordnungsdienste eingesetzt werden. Deshalb beantragen wir die Stärkung des Gemeindevollzugsdienstes mit Erweiterung des Aufgabenbereichs hinsichtlich von Ordnungswidrigkeiten.

Deckungsvorschlag

D24

Als Deckungsvorschlag für unsere haushaltswirksamen Anträge beantragen wir den Beschluss zur Umgestaltung der Wilhelmstraße aufzuheben und neu zu beraten. Es zeigt sich, dass der Fahrradschutzstreifen in der Rammersweierstraße nur sehr verhalten angenommen wird. Deshalb sehen wir es nicht als zukunftsweisende Verkehrsplanung diesen Fahrradschutzstreifen in der Wilhelmstraße fortzuführen. Wir schlagen vor, die geplante Busbucht auf Bahnseite beim Technischen Rathaus nach Norden, auf Höhe der Unionrampe zu verschieben. An dieser Stelle ist ausreichend Straßenraum vorhanden um ohne Verkehrsbeeinträchtigung eine Bushaltestelle zu schaffen. Die aufwändige und kostenintensive Umgestaltung der Wilhelmstraße könnte somit entfallen. Es besteht keine Notwendigkeit eines Umbaus des bereits vorhandenen sicheren Radwegs von der Unionrampe bis zur Zauberflötenbrücke. Danach muss der nach Süden fahrende Radverkehr auf den sicheren Radweg entlang des Bahngrabens umgeleitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bauknecht
Fraktionsvorsitzender